

re Jahre hinziehen wollten, als auch von denen, die ihn möglichst gleich nach der Wahl schlagartig wollten. - Artikel 23 sozusagen als Wunderwaffe! Am 17. Juni haben wir eine merkwürdige Koalition der Unvernunft erlebt. Die einstigen Zögerer und Übereiler wollten plötzlich dasselbe. Zum Glück ist es gelungen, die Übereilung zum Überdenken zu überweisen.

(Beifall bei SPD, CDU/DA und DSU -
Weiß: Sie haben es immer noch nicht begriffen!)

Denn wenn der Antrag, wie er vorlag, vollzogen worden wäre, dann wäre der Staatsvertrag geplatzt, weil der eine der beiden Staaten unterwegs zum Vertragsabschluß sozusagen aus Versehen verloren gegangen wäre durch Beitritt zu dem anderen.

(teilweise Heiterkeit, Beifall besonders bei der SPD)

Die Fraktion der SPD rechnet es sich durchaus als Verdienst an, den Herrn Ministerpräsidenten bei der Abwehr dieses Unfugs, der aus Ungeduld oder Kurzsichtigkeit oder vielleicht auch irgendwo aus Spielermentalität erwachsen sein kann, unterstützt zu haben.

(Beifall)

Wir hoffen sehr, daß wir nicht länger von der einen Seite so fast als Verräter und von der anderen Seite als Verzögerer eingestuft werden. Wir möchten die Einigung zügig und solide, und deshalb wollen wir diesen Staatsvertrag zusammen mit den Koalitionspartnern.

(Beifall)

Die PDS klebt zur Zeit Plakate mit der Losung „SPD aus der Koalition!“ Wir verbitten uns solche Ratschläge, denn es ist unsere Absicht, zusammen mit den Koalitionspartnern den Weg zur deutschen Einheit zu gehen, nach Artikel 23,

(starker Beifall)

unter Einhaltung der drei Bedingungen: Klärung der Rechtsangleichung in einem zweiten Staatsvertrag, oder wie das auch immer genannt werden mag, vor Beitritt, Abstimmung mit dem 2+4-Prozeß und Ländereinrichtung.

(Beifall)

Wir wünschen uns, daß es innerhalb der Koalition sehr bald zu einer für alle verbindlichen Absprache in den Terminfragen kommt, damit die Verunsicherung im Terminpoker zu Ende ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind froh und erleichtert, daß wir heute über den Staatsvertrag beschließen können, und unsere Fraktion wird zustimmen.

(Beifall bei SPD und CDU/DA)

Es wird eingewendet, wir würden mit diesem Staatsvertrag die Ordnung der Bundesrepublik im wesentlichen übernehmen. Das trifft zu, ist aber kein Einwand.

(Heiterkeit bei CDU/DA und Beifall
bei SPD und CDU/DA)

Wir haben bereits in unserem Wahlprogramm erklärt - und nun zitiere ich -, daß wir uns in einem Vertragswerk zur deutschen Einheit

„in vielen Einzelheiten an den Gegebenheiten der Bundesrepublik Deutschland und der EG orientieren werden“;

denn wir haben an den Vorzügen der SED-DDR dies zu bemängeln, daß sie mit unerträglichen Nachteilen verbunden war.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und CDU/DA)

In keinem Land, das sich einst sozialistisch genannt hat, hat das Planwirtschaftssystem ohne Stasi funktioniert.

(Beifall bei SPD und CDU/DA)

Und es ist zudem in keinem dieser Länder zu einem vernünftigen weltmarktkonformen Wirtschaften gekommen. Daran erinnern wir die PDS, weil wir hin und wieder in diesem Hause Töne hören, die auf eine Idealisierung der alten DDR zu tendieren scheinen. - Ich bin ja vorsichtig. -

(Heiterkeit bei CDU/DA)

Wir wollen keine Arbeitsplatzbeschaffung durch Wasserköpfe in der Verwaltung und durch aufgeblähte Sicherheitsapparate. Wir wollen keine Sicherheit um den Preis der Freiheit.

(Beifall bei den Fraktionen der Koalition)

Natürlich wollen wir auch keine Arbeitslosigkeit, und das ist ein besonders neuralgischer Punkt. Aber wir müssen einen Übergang zur Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen, weil anders der Übergang vom Planwirtschaftschaos zur sozialen Marktwirtschaft nicht möglich ist. Das beweisen wir, indem wir auf die anderen Länder östlich von uns, die diesen Weg gerade gehen, verweisen. Dieser Übergang ist noch niemals in der Weltgeschichte vollzogen worden. Wir geben zu und sagen es: Genau weiß niemand, was nach dem 2. Juli passiert. Wir müssen unsere Bevölkerung bitten, die Enttäuschungen und Verunsicherungen, die sich hier und da eingeschlichen haben, abzuschütteln und sich noch einmal an den Mut des Herbstes zu erinnern.

(Beifall bei den Fraktionen der Koalition)

Wir schaffen dieses Experiment nicht ohne Mut, Initiative und Solidarität. Es ist der zweite Akt unserer Revolution, jedenfalls will ich das so behaupten.

(Gelächter beim Bündnis 90/Grüne -
Zuruf bei Bündnis 90/Grüne:
Jedes gute Theater hat fünf Akte!)

Es ist in meinen Augen nicht verächtlich, wenn man den gesellschaftlichen Umgestaltungsprozeß mit dem, was man bisher immer „die ökonomische Grundlage“ genannt hat, beginnen läßt. Wir sind - Sie haben es von jemand anders schon gehört - durch die Währung getrennt worden, und es wird in der Tat sinnvoll sein, daß nicht die Währung allein, aber eben die Währung zunächst uns wieder vereint und zusammenführt.

(Nicht zu verstehende Zurufe)

Ich sagte: Wir brauchen Mut. Wir wenden uns hier besonders an die Arbeiter und Angestellten: Organisiert wirksame Einzelgewerkschaften, bildet Betriebsräte und baut eure Interessenvertretung auf!

Das ist wichtig. Die neuen Grundsätze der Arbeitsrechtsordnung - Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie, Arbeitskampfrecht, Betriebsverfassung, Untermehmensmitbestimmung und Sozialplan - geben den Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit, ihre Interessen selbst wahrzunehmen.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Wir brauchen Initiative. Die ist einerseits gefordert bei denjenigen, die die wirtschaftliche Selbständigkeit wagen wollen und von denen wir erwarten, daß sie namentlich im mittelständischen Bereich Arbeitsplätze schaffen. Sie ist aber auch gefordert von den Behörden. Es ist ja kein Geheimnis, daß dort viele ehemalige Genossen der SED sitzen. Wir wollen keine Hetzjagd, aber wir brauchen den Beweis ihres kooperativen Geistes, wenn wir ihnen weiter unsere gemeinsamen Angelegenheiten anvertrauen wollen.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Und wir brauchen Solidarität. Die Bundesrepublik wird von manchen als Ellenbogengesellschaft bezeichnet. Wie dem auch